

c/o Postfach 2326 | 24513 Neumünster

**Die Stadtpräsidentin**  
**Stadt Neumünster**  
**Neues Rathaus**  
**Großflecken 59**  
**D-24534 Neumünster**

**Es schreibt Ihnen**  
Mark Proch  
Fraktionsvorsitzender  
Postfach 2326  
24513 Neumünster  
TEL: 01575/1401638

*E. P. 3004*

05.03.2024

## **Antrag zur Ratsversammlung**

Betreff: Mehr Abschiebungen in Neumünster

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

ich bitte um Aufnahme des folgenden Antrags in die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 26. März 2024.

### **Die Ratsversammlung möge beschließen:**

Die Ratsversammlung fordert die Ausländerbehörde der Stadt Neumünster auf, den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf Abschiebungen zu legen, damit ausreisepflichtige Ausländer, die sich unrechtmäßig in unserer Stadt aufhalten, schnellstmöglich unser Land verlassen.

### **Begründung:**

Der „Holsteinische Courier“ berichtet in einem Artikel, daß in Neumünster im vergangenen Jahr nur ein (1!) ausreisepflichtiger Ausländer abgeschoben wurde. Auch im Jahr zuvor, kam es lediglich zu 2 Abschiebungen.

Aktuell gerade einmal 1 Prozent nachhause zu schicken ist viel zu wenig. Rund 100 ausreisepflichtige Ausländer leben in unserer Stadt — und auf Kosten dieser Stadt, wo wichtige Projekte die eigenen Bürger und deren Kinder betreffend, seit Jahren an Geldknappheit leiden.

Die Ausländerbehörde setzt falsche Schwerpunkte. Vor einem Jahr forderte

OB Bergmann mehr Personal für die Ausländerbehörde, allerdings nicht für konsequentere Abschiebungen, sondern für mehr Einbürgerungen. „Die langen Wartezeiten sind nicht in unserem Sinne, wir möchten gern mehr Menschen einbürgern“, sagt Bergmann im März 2023 gegenüber dem „Holsteinischen Courier“.

Durch solche Äußerungen könnte durchaus der Eindruck entstehen, daß Abschiebungen politisch gar nicht gewollt sind, während Einbürgerungen mit allen Möglichkeiten vorangetrieben werden.

Noch im Herbst des letzten Jahres, war jedoch auch von der Bundespolitik z.B. durch explizite Äußerungen des Kanzlers zu vernehmen, daß mehr ausreisepflichtige Personen abgeschoben werden müssen.

Wir bitten doch darum, dies in einer SPD-geführten Stadt auch zu beherzigen und sind der Auffassung, daß hier eine Neuausrichtung der Ausländerbehörde dringend notwendig ist. Wenn sich Ausländer unrechtmäßig in unserer Stadt aufhalten, müssen sie konsequent abgeschoben werden!

Wir bitten um Zustimmung für unseren Antrag.

Mit freundlichen Grüßen



Mark Proch

Im Namen der Fraktion